
QUERDENKEN

711 – Stuttgart

PRESSEMITTEILUNG

Querdenken verabschiedet sich aus der Winterpause – Aufruf zum Autokorso in Stuttgart am 27.01.2021

Stuttgart/26.01.2021 Die Maßnahmen wurden erneut verlängert und Kollateralschäden dadurch billigend in Kauf genommen. Der Forderung nach einem zeitlich begrenzten Mega-Lockdown, wie ihn Querdenken gefordert hatte, wurde nicht nachgekommen. Die Bundesregierung wird weiterhin an ihrer Salamiaktik festhalten und wohl bis Ostern den Lockdown verlängern. Querdenken kündigt daher Großdemonstrationen gegen die Regierungspolitik an und ruft alle Bürger dazu auf, sich an den Protesten zu beteiligen.

Megalockdown beenden

Mit der Ankündigung der Bundesregierung die Maßnahmen trotz sinkender „Infektionszahlen“ und Todesfällen erneut zu verlängern und damit massive Kollateralschäden in Kauf zu nehmen, sieht Querdenken sich gezwungen Widerspruch einzulegen. Nach der Ankündigung des Mega-Lockdowns durch Querdenken 711 und den damit einhergehenden Forderungen, kommen wir nun zu der Einsicht, dass die Bundesregierung offenbar nicht gewillt ist, die Einschränkungen zeitnah zu beenden, sondern weiterhin an ihrer Salamiaktik festzuhalten scheint. Querdenken forderte neben der Schließung der öffentlichen Verwaltung, der Medienunternehmen, aller Fabriken und aller Flughäfen auch die Schließung des Bundestages für einen Zeitraum von zwei Wochen. Dieser Aufforderung ist in den neuen Beschlüssen der Bundesregierung nicht nachgekommen worden.

Die Bundeskanzlerin hat diese Woche bestätigt, dass der harte Corona-Kurs und der Lockdown eine persönliche Entscheidung ist, wie sie auf der Bundespressekonferenz verlautbaren lies: „Es gibt in dem Ganzen auch politische Grundsatzentscheidungen, die haben mit Wissenschaft nichts zu tun“.

Mit der Ankündigung einen Inzidenzwert von unter 50 erreichen zu wollen, wird offensichtlich, dass der Lockdown wohl noch bis in den Sommer verlängert wird. Die dadurch hervorgerufenen wirtschaftlichen, psychischen und gesellschaftlichen Kollateralschäden, werden billigend in Kauf genommen. Mit dieser Strategie der Bundesregierung wird mehr Schaden angerichtet als das tatsächlich angebliche Menschenleben gerettet werden. Die Rechtfertigungsgrundlage der gegenwärtigen Einschränkungen beruht auf vagen Modellrechnungen, die sich in der Vergangenheit stets als falsch erwiesen haben. Der Virologe und Epidemiologe, Dr. Klaus Stöhr, riet, das Ziel einer Sieben-Tage-Inzidenz von unter 50 zu hinterfragen: „Im Winter ist dieser Zielwert illusorisch, reines Wunschdenken.“ In den letzten Wochen habe man gesehen, „dass wir in Deutschland mit einer Inzidenz von 130, 160, vielleicht 180 gut umgehen können. Die Krankenhäuser sind belastet, aber nicht überlastet“.

Bis 60% der Bevölkerung geimpft sind, dauert es voraussichtlich noch bis mindestens Mitte 2022, wobei noch nicht klar ist, ob die Impfung überhaupt wirkt. Die Bundesregierung sollte daher mit offenen Karten spielen, was konkret bedeutet: Lockdown bis mindestens Mitte 2022.

Querdenken ruft zu Großdemonstrationen auf

Querdenken fordert daher ein sofortiges Außerkrafttreten der Maßnahmen und fordert ein zurück zur alten Normalität! Da bisher noch keine Studie nachweisen konnte, dass von Demonstrationen ein erhöhtes Infektionsrisiko ausgeht, werden wir in den

nächsten Wochen und Monaten erneut Großdemonstrationen durchführen, um diesem Schrecken ein möglichst schnelles Ende zu setzen. Wir haben nun seit der Demonstration am 06.12.2020 in Düsseldorf keine Großdemonstration mehr veranstaltet. Das sogenannte "Infektionsgeschehen" hat sich dadurch nicht verändert und die Bundesregierung hat die Maßnahmen gegenüber Anfang Dezember noch einmal verschärft, zum Beispiel durch den Versuch, einen 15-Kilometer-Bewegungsradius einzuführen, der glücklicherweise inzwischen von vielen Gerichten gekippt wurde. Wir freuen uns, dass auch die Bundesregierung der Überzeugung ist, dass weiterhin Demonstrationen stattfinden dürfen, weil "die Meinungsfreiheit ein wichtiges Gut ist". Dies hat Merkels Sprecherin Martina Fietz vergangene Woche in der Bundespressekonferenz betont. Eine Studie der Universität Berkeley hat gar herausgefunden, dass die Ansteckungsgefahr im Freien äußerst gering ist (nämlich 19x geringer als in Innenräumen). Das bestätigen auch führende Virologen aus Deutschland.

Wir halten fest: Das einzige Virus, das sich gegenwärtig exponentiell verbreitet, ist das Freiheits-Virus. Und das ist gut so. Die Ausbreitung wird im Moment nur durch einen Faktor ausgebremst: die winterlichen Temperaturen sowie die Verbote der Demonstrationen aus politischen Motiven mit fadenscheinigen Argumenten. Wir erwarten, dass sich die Städte an die Aussage der Bundesregierung, dass "Demonstrationen stattfinden dürfen" und "die Meinung ein wichtiges Gut ist", halten werden. Dies richtet sich insbesondere an die Stadt Berlin.

Am Mittwoch, den 27.01.2021 findet ein Autokorso in Stuttgart statt und wir rufen alle Querdenken-Initiativen bundesweit zur Teilnahme auf.

Und auch in Österreich werden die Demonstrationen immer größer. Wir freuen uns, dass die nächste Großdemonstration in Wien am 31.01.2021 stattfinden wird.

Die Demo-Pause haben wir zur internen Vernetzung genutzt, die über den Sommer aufgrund der Demonstrationen zu kurz kam. Wir können der Bundesregierung jedoch versprechen: wir sind viele und wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben viele kreative Demo-Formate entwickelt und wir sind nicht gewillt, die Einschränkung unserer Grundrechte länger hinzunehmen. Die Vorbereitungen für die erste bundesweite Großdemonstration im Frühjahr laufen bereits auf Hochtouren.

GEPLANTE GESETZESÄNDERUNGEN

Änderung Bundeswahlgesetz - Ausschussdrucksache: 19(14)197(2)

Vorgeschlagen wird einer neuer § 52 Abs. 4 BWahlG, der das Bundesministerium des Innern ermächtigen soll, im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichende Regelungen zu treffen, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen zu ermöglichen.

Verschiebung der Bundestagswahl - Aktenzeichen: WD 3 - 3000 - 183/20

„Verschiebung der Bundestagswahl - Verfassungsrechtliche Aspekte und Konsequenzen“

Ansprechpartner

presse@querdenken-711.de

Bitte nutzen Sie für Presse-/Interview-Anfragen dieses Formular:

<https://bit.ly/3d98Cyg>

Weitere Informationen

www.querdenken-711.de